

Schulden der kommunalen Haushalte am 31.12.2018

Schuldenstatistik

GF2

Ansprechpartner/-in für Rückfragen
(freiwillige Angabe)

Name:

Telefon oder E-Mail:

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Bitte beachten Sie bei der Beantwortung der Fragen die Erläuterungen zu **1** bis **34** auf den Seiten 1 bis 5 in der separaten Unterlage.

Beachten Sie folgende Hinweise:

Erhebungseinheiten

Zu den Erhebungseinheiten zählen die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.). Gv. sind Landkreise, die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, der Bezirksverband Pfalz, der Landeswohlfahrtsverband Hessen, der Kommunale Sozialverband Sachsen, der Regionalverband Ruhr, der Regionalverband Saarbrücken, der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS), die Bezirke in Bayern, die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die Samtgemeinden in Niedersachsen, die Ämter in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die Verwaltungsverbände in Sachsen und die Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen.

Die Zuordnung der Kredite sowie der Kassenkredite nach Schuldarten erfolgt nach dem **Gläubigerprinzip**; maßgebend ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger bzw. bei Abtretungen der neue Gläubiger. Werden die Mittel vollständig aus dem Haushalt der Körperschaften finanziert, aber von Kreditinstituten nur ausgezahlt, sind diese abweichend vom Gläubigerprinzip den öffentlichen Körperschaften zuzuordnen. Bei Unklarheiten bitten wir um Rückfrage beim Mittelgeber (Förderbank). Wird von den öffentlichen Haushalten nur die Zinsdifferenz zum Marktzins finanziert, erfolgt der Nachweis bei der auszahlenden Stelle. Bei allen Schulden, für die Wertpapiere (Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere) ausgegeben wurden, entfällt die Aufteilung nach Gläubigern.

Erfasst wird der Nennbetrag der Schulden ohne Abzug eines Disagios nach Schuldarten und ihren vertraglich festgelegten Laufzeiten (**Ursprungslaufzeiten**).

Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt bzw. einem internen Tilgungsfonds zugeführt wurden, dürfen von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden. Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto eines Kreditinstituts eingezahlt und damit dem Zugriff des Schuldners entzogen werden, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen.

Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung sind zu dem Kurs in Euro umzurechnen, der für die Rückzahlung vereinbart bzw. der im Rahmen von Kurssicherungsgeschäften abgesichert wurde. Wenn keine Kurssicherungsvereinbarungen getroffen wurden, ist der jeweilige von der Europäischen Zentralbank (EZB) zum 31. Dezember im Börsenblatt (beziehungsweise im Internet unter www.ECB.int) veröffentlichte Referenzkurs maßgeblich.

Nicht als Schulden nachzuweisen sind

- Eigenbestände von Wertpapieren,
- Innere Darlehen (Inanspruchnahme von Mitteln, die für einen anderen Zweck vorgesehen waren),
- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen) und
- von Dritten erhaltene Beträge, für die keine Verpflichtung zur Rückzahlung entstanden sind.

Negative Werte sind nicht zulässig.

Maßgeblich für die Erfassung ist der Zeitpunkt des Mittelzuflusses und nicht die Mittelbereitstellung durch den Kreditmarkt (Vertragsabschluss, Emission).

Schuldenaufnahmen

Die Schuldenaufnahmen und -tilgungen sind brutto zu erfassen, eine Saldierung ist nicht zulässig. Als (Schulden-)Aufnahmen sind **alle** in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. eines Berichtsjahres neu aufgenommenen Darlehen mit dem Nennwert ohne Abzug eines Disagios einzusetzen. Vertragliche Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeiten sind nicht zu berücksichtigen. Rückzahlungen auf diese Schuldenaufnahmen, die bereits im Berichtszeitraum erfolgten, werden nicht abgesetzt, sondern als Tilgungen nachgewiesen.

Bei Wertpapieremissionen ist der Betrag als (Schulden-) Aufnahme anzugeben, der im Berichtszeitraum auf dem Markt platziert werden konnte.

Schuldentilgungen

Tilgungen sind **alle** in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. des Berichtsjahres zurückgezahlten Beträge.

Sonstige Zu- und Abgänge

Hier sind **alle** Schuldenzugänge und Schuldenabgänge zu erfassen, die weder Haushaltsmittel zugeführt noch entzogen haben. Hierunter fallen z. B. Veränderungen im Schuldenstand durch Eingliederung vorher selbstständiger Sonderrechnungen bzw. Ausgliederung von Sonderrechnungen.

Bei Schuldumwandlungen bzw. Umschuldungen wird die Ablösung des bisherigen Darlehens als Tilgung und die Aufnahme des Umschuldungs-/Ablösungsdarlehens als Neuaufnahme (einschließlich entsprechender Angaben zu den Laufzeiten) erfasst.

Kassenkredite 1		Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro	
Öffentlicher Bereich	beim Bund 2	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	01	P1000		P1009	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	02	P1200		P1209	
		Laufzeit über 5 Jahre	03	P1210		P1219	
	bei Ländern 3	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	04	P1010		P1019	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	05	P1220		P1229	
		Laufzeit über 5 Jahre	06	P1230		P1239	
	bei Gemeinden/ Gemeinde- verbänden 4	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	07	P1020		P1029	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	08	P1240		P1249	
		Laufzeit über 5 Jahre	09	P1250		P1259	
	bei Zweck- verbänden und dergleichen 5	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	10	P1030		P1039	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	11	P1260		P1269	
		Laufzeit über 5 Jahre	12	P1270		P1279	
	bei der gesetzlichen Sozialver- sicherung 6	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	13	P1040		P1049	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	14	P1280		P1289	
		Laufzeit über 5 Jahre	15	P1290		P1299	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonder- vermögen 7	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	16	P1050		P1059	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	17	P1300		P1309	
		Laufzeit über 5 Jahre	18	P1310		P1319	
	bei sonstigen öffentlichen Sonder- rechnungen 8	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	19	P1060		P1069	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	20	P1320		P1329	
		Laufzeit über 5 Jahre	21	P1330		P1339	
darunter: im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse/ Amtskasse		9	22	P1980		P1989	

noch: Kassenkredite 1			Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro
Nicht- öffent- licher Bereich	bei Kredit- instituten 10	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung 23	P1070		P1079	
			Fremdwährung 24	P1080		P1089	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung 25	P1340		P1349	
			Fremdwährung 26	P1350		P1359	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung 27	P1360		P1369	
			Fremdwährung 28	P1370		P1379	
	beim sonstigen inländischen Bereich 11	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr 29		P1090		P1099	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre 30		P1380		P1389	
		Laufzeit über 5 Jahre 31		P1390		P1399	
	beim sonstigen ausländischen Bereich 12	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung 32	P1100		P1109	
			Fremdwährung 33	P1110		P1119	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung 34	P1400		P1409	
			Fremdwährung 35	P1410		P1419	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung 36	P1420		P1429	
Fremdwährung 37			P1430		P1439		
Summe			38	P1990		P1999	

Wertpapiersschulden				Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Aufnahmen vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro
Geld- markt- papiere 14	Euro-Währung			01	P2020		P2021	
	Fremdwährung			02	P2030		P2031	
Kapital- markt- papiere 15	Anleihen 16	Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	03	P2040		P2041	
			Fremdwährung	04	P2050		P2051	
	Sonstige Kapitalmarkt- papiere 17	Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	05	P2140		P2141	
			Fremdwährung	06	P2150		P2151	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	07	P2160		P2161	
			Fremdwährung	08	P2170		P2171	
Summe				09	P2990		P2991	
darunter: zur Liquiditätssicherung aufgenommen				10	P2890		P2891	

Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten) 18				Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Aufnahmen vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro
--	--	--	--	------------	------	--	------	---

öffent- licher Bereich	beim Bund 2	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	01	P3000		P3001	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	02	P3010		P3011	
		Laufzeit über 5 Jahre	03	P3020		P3021	
	bei Ländern 3	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	04	P3030		P3031	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	05	P3040		P3041	
		Laufzeit über 5 Jahre	06	P3050		P3051	
	bei Gemeinden/ Gemeinde- verbänden 4	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	07	P3060		P3061	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	08	P3070		P3071	
		Laufzeit über 5 Jahre	09	P3080		P3081	
	bei Zweck- verbänden und dergleichen 5	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	10	P3090		P3091	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	11	P3100		P3101	
		Laufzeit über 5 Jahre	12	P3110		P3111	
	bei der gesetzlichen Sozialver- sicherung 6	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	13	P3120		P3121	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	14	P3130		P3131	
		Laufzeit über 5 Jahre	15	P3140		P3141	

Code	Tilgungen vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Sonstige Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Sonstige Abgänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro	Zeilen-Nr.
P2022		P2023		P2024		P2029		01
P2032		P2033		P2034		P2039		02
P2042		P2043		P2044		P2049		03
P2052		P2053		P2054		P2059		04
P2142		P2143		P2144		P2149		05
P2152		P2153		P2154		P2159		06
P2162		P2163		P2164		P2169		07
P2172		P2173		P2174		P2179		08
P2992		P2993		P2994		P2999		09
P2892		P2893		P2894		P2899		10

Code	Tilgungen vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Sonstige Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Sonstige Abgänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro	Zeilen-Nr.
P3002		P3003		P3004		P3009		01
P3012		P3013		P3014		P3019		02
P3022		P3023		P3024		P3029		03
P3032		P3033		P3034		P3039		04
P3042		P3043		P3044		P3049		05
P3052		P3053		P3054		P3059		06
P3062		P3063		P3064		P3069		07
P3072		P3073		P3074		P3079		08
P3082		P3083		P3084		P3089		09
P3092		P3093		P3094		P3099		10
P3102		P3103		P3104		P3109		11
P3112		P3113		P3114		P3119		12
P3122		P3123		P3124		P3129		13
P3132		P3133		P3134		P3139		14
P3142		P3143		P3144		P3149		15

noch: Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten) 13			Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Aufnahmen vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	
noch: Öffent- licher Bereich	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonder- vermögen 7	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	16	P3150		P3151		
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	17	P3160		P3161		
		Laufzeit über 5 Jahre	18	P3170		P3171		
	bei sonstigen öffentlichen Sonder- rechnungen 8	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	19	P3180		P3181		
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	20	P3190		P3191		
		Laufzeit über 5 Jahre	21	P3200		P3201		
Nicht- öffent- licher Bereich	bei Kredit- instituten 10	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung	22	P3210		P3211	
			Fremdwährung	23	P3220		P3221	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	24	P3230		P3231	
			Fremdwährung	25	P3240		P3241	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	26	P3250		P3251	
			Fremdwährung	27	P3260		P3261	
	beim sonstigen inländischen Bereich 11	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	28	P3270		P3271		
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	29	P3280		P3281		
		Laufzeit über 5 Jahre	30	P3290		P3291		
	beim sonstigen ausländischen Bereich 12	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung	31	P3300		P3301	
			Fremdwährung	32	P3310		P3311	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	33	P3320		P3321	
Fremdwährung			34	P3330		P3331		
Laufzeit über 5 Jahre		Euro-Währung	35	P3340		P3341		
		Fremdwährung	36	P3350		P3351		
Summe = Zeilen-Nr. 01 bis 36			37	P3990		P3991		

Code	Tilgungen vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Sonstige Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Sonstige Abgänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro	Zeilen-Nr.
P3152		P3153		P3154		P3159		16
P3162		P3163		P3164		P3169		17
P3172		P3173		P3174		P3179		18
P3182		P3183		P3184		P3189		19
P3192		P3193		P3194		P3199		20
P3202		P3203		P3204		P3209		21
P3212		P3213		P3214		P3219		22
P3222		P3223		P3224		P3229		23
P3232		P3233		P3234		P3239		24
P3242		P3243		P3244		P3249		25
P3252		P3253		P3254		P3259		26
P3262		P3263		P3264		P3269		27
P3272		P3273		P3274		P3279		28
P3282		P3283		P3284		P3289		29
P3292		P3293		P3294		P3299		30
P3302		P3303		P3304		P3309		31
P3312		P3313		P3314		P3319		32
P3322		P3323		P3324		P3329		33
P3332		P3333		P3334		P3339		34
P3342		P3343		P3344		P3349		35
P3352		P3353		P3354		P3359		36
P3992		P3993		P3994		P3999		37

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen 19		Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)	
Insgesamt		P5000		P5009		
darunter:	mit nachverhandelten Vertragsbedingungen 20	P5100		P5109		
	von Factoring-Kapitalgesellschaften übernommen	P5200		P5209		
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte		Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)	
Hypothekenschulden		P6000		P6009		
Grundsschulden		P6010		P6019		
Rentenschulden		P6020		P6029		
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften sowie Forfaitierung mit Einredeverzicht		P6030		P6039		
Finanzierungsleasing		P6040		P6049		
Summe		P6990		P6999		
Insgesamt = Summe P1999, P2999, P3999, P5009, P6999				P9999		
ÖPP-Projekte 25		Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)	
Projektsummen insgesamt		P6060		P6069		
Bisher geleistete Zahlungen aller laufenden ÖPP-Projekte insgesamt		P6070		P6079		
Energie-Einspar-Contracting (Finanzierung durch Contractinggeber) 28	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro	Code	Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
Investitionssummen insgesamt	P6080		P6081		P6089	
darunter: Geleistete Baukostenzuschüsse 30	P6090		P6091		P6099	

Bürgschaften 31	Code	Stand am 31.12.2017 in vollen Euro 13	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
gegenüber dem öffentlichen Bereich	P7910		P7919	
darunter: gegenüber sonstigen öffentlichen Fonds, Ein- richtungen und Unternehmen (ohne Kreditinstitute)	P7950		P7959	
gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich	P7930		P7939	
darunter: gegenüber öffentlich bestimmten Kreditinstituten 32	P7940		P7949	
Summe	P7990		P7999	

Schuldenübernahme 33	Code	Kassenkredite vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro
-----------------------------	------	---

Öffent- licher Bereich	vom Bund 2	P4109	
	von Ländern 3	P4119	
	von Gemeinden/Gemeindeverbänden 4	P4129	
	von Zweckverbänden und dergleichen 5	P4139	
	von der gesetzlichen Sozialversicherung 6	P4149	
	von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 7	P4159	
	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen 8	P4169	
Nicht- öffent- licher Bereich	von Kreditinstituten 10	P4179	
	vom sonstigen inländischen Bereich 11	P4189	
	vom sonstigen ausländischen Bereich 12	P4199	
Summe	P4499		

noch: Schuldenübernahme 33		Code	Kredite vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Wertpapierschulden vom 01.01. bis 31.12.2018 in vollen Euro
noch: Öffent- licher Bereich	vom Bund 2	P4209		P4309	
	von Ländern 3	P4219		P4319	
	von Gemeinden/Gemeindeverbänden 4	P4229		P4329	
	von Zweckverbänden und dergleichen 5	P4239		P4339	
	von der gesetzlichen Sozialversicherung 6	P4249		P4349	
	von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 7	P4259		P4359	
	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen 8	P4269		P4369	
noch: Nicht- öffent- licher Bereich	von Kreditinstituten 10	P4279		P4379	
	vom sonstigen inländischen Bereich 11	P4289		P4389	
	vom sonstigen ausländischen Bereich 12	P4299		P4399	
Summe	P4599		P4699		

Fälligkeiten der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich 34		Code	Kassenkredite Stand am 31.12.2018 in vollen Euro	Code	Wertpapierschulden Stand am 31.12.2018 in vollen Euro
in 2019	insgesamt	P8209		P8409	
	darunter: variabel verzinst	P8219		P8419	
in 2020	insgesamt	P8229		P8429	
	darunter: variabel verzinst	P8239		P8439	
in 2021	insgesamt	P8249		P8449	
	darunter: variabel verzinst	P8259		P8459	
in 2022	insgesamt	P8269		P8469	
	darunter: variabel verzinst	P8279		P8479	
in 2023	insgesamt	P8289		P8489	
	darunter: variabel verzinst	P8299		P8499	
nach 2023	insgesamt	P8309		P8509	
	darunter: variabel verzinst	P8319		P8519	
Summe	P8399		P8599		

noch: Fälligkeiten der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich 34		Code	Kredite Stand am 31.12.2018 in vollen Euro
in 2019	insgesamt	P8609	_____
	darunter: variabel verzinst	P8619	_____
in 2020	insgesamt	P8629	_____
	darunter: variabel verzinst	P8639	_____
in 2021	insgesamt	P8649	_____
	darunter: variabel verzinst	P8659	_____
in 2022	insgesamt	P8669	_____
	darunter: variabel verzinst	P8679	_____
in 2023	insgesamt	P8689	_____
	darunter: variabel verzinst	P8699	_____
nach 2023	insgesamt	P8709	_____
	darunter: variabel verzinst	P8719	_____
Summe		P8799	_____

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen bitten wir Sie, hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinzuweisen, aus denen auffällige Veränderungen gegenüber dem Vorjahr oder außergewöhnliche Verhältnisse erklärt werden können, insbesondere im Fall von Ein- bzw. Ausgliederungen.

Schulden der kommunalen Haushalte am 31.12.2018

Schuldenstatistik

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte wird jährlich zum Stichtag 31. Dezember als Totalerhebung durchgeführt. Ihre Ergebnisse liefern zusammen mit der Finanzvermögenstatistik wichtige Informationen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte. Damit erfüllen sie den Datenbedarf wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsträger im nationalen Rahmen und auch auf Ebene der Europäischen Union.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 5 Nummer 1 Buchstabe a bis g FPStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 11 Absatz 2 Nummer 1 FPStatG sind die Leiterinnen/Leiter der Gemeinden und Gemeindeverbände auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte und elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der erhobenen Einzelangaben richtet sich nach § 16 BStatG.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern, Löschung

Name und Anschrift der auskunftgebenden Stelle, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. Sie werden nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht.

Die verwendete Berichtsstellenummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

Schulden der kommunalen Haushalte am 31.12.2018

Schuldenstatistik

Erläuterungen zum Fragebogen

1 Kassenkredite

Unter Kassenkredite/Kassenverstärkungskredite werden die in der Regel kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen verwendet werden. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung. Zur Vorfinanzierung von Vorhaben auf spätere langfristige Darlehen aufgenommene Zwischenkredite sind als Schulden bei den jeweiligen Kreditarten auszuweisen.

Kontokorrentkredite sowie empfangene Barsicherheiten aus Derivatgeschäften (Cash Collaterals) sind hier einzubeziehen.

Hierunter fallen auch alle erhaltenen Zahlungen „im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse“ (siehe 9).

Schuldscheindarlehen für Liquiditätszwecke sind hier einzutragen, dagegen **Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke** unter den Krediten (siehe 13).

Eine Saldierung mit positiven Kontoständen (Guthaben) ist nicht zulässig.

2 Bund

Kernhaushalt des Bundes. Sondervermögen des Bundes sind unter „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

3 Länder

Kernhaushalte der Länder einschließlich der Stadtstaaten. Sondervermögen der Länder sind unter „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

4 Gemeinden / Gemeindeverbände

Gemeinden (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden), Gemeindeverbände (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise), Bezirksverbände (Bezirke, Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände)

5 Zweckverbände und dergleichen

Verbände und sonstige Organisationen in öffentlich-rechtlicher Form, die kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband zum Mitglied haben.

Hierzu gehören

- Zweckverbände nach den Zweckverbandsgesetzen, ausgenommen: Sparkassenverbände,
- sondergesetzliche Verbände, z. B. Schulverbände gemäß den Schulgesetzen der Länder,
- Nachbarschaftsverbände,
- wasserwirtschaftliche Verbände, Bodenverbände,
- Regionalverbände,
- regionale Planungsverbände,
- Planungsverbände nach dem Bundesbaugesetz,
- Gemeindeverwaltungsverbände,

- Wasserversorgungsverbände,
- Abwasserbeseitigungsverbände,
- Verwaltungsgemeinschaften in Bayern,
- grenzüberschreitende Zweckverbände mit Sitz in Deutschland und
- sonstige Verbände und Organisationen mit kommunaler Aufgabenerfüllung.

6 Gesetzliche Sozialversicherung

Träger der gesetzlichen:

- Krankenversicherung
 - Pflegeversicherung
 - Unfallversicherung
 - Rentenversicherung
 - Arbeitslosenversicherung (Bundesagentur für Arbeit) sowie die landwirtschaftliche Krankenkasse
- Kommunale Versorgungskassen und -verbände sowie Träger der öffentlichen Zusatzversorgung sind unter den „Sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Zahlungsbeziehungen mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen die **eigene** Berichtseinheit Mitglied, Träger oder unmittelbarer bzw. mittelbarer Anteilseigner ist und insgesamt mehr als 50% der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzt.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- eigene Betriebe.
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.
- Unternehmen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts.
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist.

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind.
- juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist.

- juristische Personen des privaten Rechts in den Formen von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die eigene Körperschaft auf Grund der Satzung o.Ä. beherrschenden Einfluss ausübt.

Dazu zählen auch Versorgungsfonds/Versorgungsrücklagen. Nicht dazu zählen Sparkassen und Landesbanken, Einheiten, bei denen die Kommune 50% oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzt sowie Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften).

8 Sonstige öffentliche Sonderrechnungen

Zahlungsbeziehungen mit Sondervermögen des Bundes und der Länder, mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sondervermögen/-rechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen **andere** öffentliche Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände) oder die Sozialversicherung Mitglied, Träger oder unmittelbare bzw. mittelbare Anteilseigner sind und diese insgesamt mehr als 50% der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzen.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- Betriebe des Bundes und der Länder im Sinne des § 26 BHO/LHO.
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.
- Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt sind.

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind.
- juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- und Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt sind.
- juristische Personen des privaten Rechts in der Form von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand auf Grund der Satzung o.Ä. beherrschenden Einfluss ausübt.

Dazu zählen auch kommunale Versorgungskassen und -verbände. Nicht dazu zählen Einheiten, bei denen öffentliche Körperschaften oder die Sozialversicherung 50% oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzen sowie Sparkassen, Landesbanken, Wirtschafts- und Berufsvertretungen und Kirchen.

9 Im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse/ Amtskasse

Cash-Pooling (Liquiditätsverbund) bezeichnet eine Konstellation, in der eine oder mehrere Einheiten einer anderen Einheit Gelder insbesondere für folgende Zwecke zur Verfügung stellt:

- Vermeidung von notwendigen Kreditaufnahmen
- Erzielung besserer Konditionen bei Geldanlagen
- Zahlungsabwicklung

Einheitskassen (z. B. Landeshauptkassen)/Amtskassen o.Ä. stellen auch eine Form des Cash-Pooling dar, indem die Cash-Pool-Einheit (z. B. amtsangehörige Gemeinde) dem Cash-Pool-Führer (z. B. Amt) Gelder zuführt beziehungsweise der Cash-Pool-Führer Gelder für die Cash-Pool-Einheit direkt vereinnahmt/verausgibt (Letzteres ist der Fall, wenn die Cash-Pool-Einheit nicht oder nicht ausschließlich über eine eigene Kasse verfügt).

Im Rahmen von Gewinnabführungsverträgen zu leistende Zahlungen an die Muttergesellschaft u. Ä. sind als „Sonstige Verbindlichkeiten“ zu behandeln und daher nicht in der Schuldenstatistik auszuweisen.

Ausleihungen im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse sind entsprechend in der Finanzvermögenstatistik auszuweisen.

10 Kreditinstitute

Kreditinstitute sind alle Institutionen im In- und Ausland, die finanzielle Mittlertätigkeiten ausüben und deren Geschäftstätigkeit darin besteht, Einlagen u. Ä. von juristischen und natürlichen Personen aufzunehmen, Kredite zu gewähren oder in Wertpapiere zu investieren.

Zu den Kreditinstituten zählen insbesondere:

- Sparkassen, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Geschäftsbanken, Universalbanken
- Genossenschaftsbanken, Kreditgenossenschaften
- Spezialbanken (z. B. Merchant Banks, Emissionshäuser, Privatbanken)
- Bausparkassen
- Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtungen

Nicht zu den Kreditinstituten zählen etwa Börsen sowie sonstige Finanzintermediäre.

Eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Zentralbank unter https://www.ecb.europa.eu/stats/money/mfi/general/html/daily_list-MID.en.html.

11 Sonstiger inländischer Bereich

Alle inländischen Unternehmen, die nicht öffentliche Unternehmen oder Kreditinstitute sind.

Dazu zählen auch:

- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
- rechtsfähige Vereine, Stiftungen
- nichtrechtsfähige Vereine, sonstige nichtrechtsfähige Personengemeinschaften

Eigene Beteiligungen, Beteiligungen anderer Gebietskörperschaften und/oder Beteiligungen der Sozialversicherung, deren Anteile bzw. Stimmrechte insgesamt 50% oder weniger betragen, sind hier auch einzubeziehen.

Natürliche und juristische Personen, die den bisher benannten Bereichen nicht zugeordnet wurden, insbesondere Organisationen ohne Erwerbscharakter (einschließlich deren Anstalten und Einrichtungen) in öffentlich-rechtlicher (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts) oder privat-rechtlicher (eingetragene Vereine, privatrechtliche Stiftungen, BGB-Gesellschaften) Rechtsform, soweit diese nicht als Unternehmen oder Teil eines Unternehmens zu betrachten sind.

Hierzu gehören

- Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen,
- Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege,
- Organisationen in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege,
- Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen,
- Wirtschaftsverbände und öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen,
- Gewerkschaften und
- politische Parteien.

12 Sonstiger ausländischer Bereich

Natürliche und juristische Personen des Auslandes, soweit sie nicht zu den Kreditinstituten zählen, sind unter anderem auch:

- europäische Gemeinden
- Internationale Organisationen, Einrichtungen der Europäischen Union
- Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften)

13 Endbestand des Vorjahres, gegebenenfalls durch die Berichtsstelle berichtigt.

14 Geldmarktpapiere

Kurzfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel bis zu einem Jahr beträgt, z. B.:

- unverzinsliche Schatzanweisungen
- Finanzierungsschätze

15 Kapitalmarktpapiere

Langfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel mehr als ein Jahr beträgt.

Hierzu zählen z. B.:

- Inhaberschuldverschreibungen
- Anleihen
- Obligationen
- durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere
- Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Verbriefung von Krediten, Hypotheken, Kreditkartenverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und von sonstigen Verbindlichkeiten begeben werden

16 Anleihen

Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit bis einschließlich fünf Jahre sind unter „Sonstige Kapitalmarktpapiere“ (siehe **17**) zu melden.

17 Sonstige Kapitalmarktpapiere

Einschließlich Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit bis einschließlich fünf Jahre

18 Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten)

Kredite entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers gewähren und die entweder in einem nicht begebaren (übertragbaren) Titel oder gar nicht verbrieft sind. Kredite weisen im Allgemeinen folgende Merkmale auf:

- Die Bedingungen eines Kredites werden zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausgehandelt.
- Ein Kredit ist eine unbedingte Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger, die bei Fälligkeit zurückgezahlt werden muss.

Zu den Krediten zählen auch **Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke**.

Die Kredite (ohne Kassenkredite) sind in der Höhe der Restschuld anzugeben. Auch unverzinsliche Kredite sind hier zu erfassen.

19 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen entstehen durch einen zeitlichen Abstand zwischen einer Warenlieferung beziehungsweise einer Dienstleistungserbringung und der hierfür erforderlichen Zahlung.

Hier sind **alle** Lieferungen und Leistungen zu erfassen, die bis zum Erhebungsstichtag in Anspruch genommen (Leistungserbringung), aber noch nicht bezahlt wurden sowie erhaltene Anzahlungen für angefangene oder geplante Arbeiten beziehungsweise für künftige Waren- und Dienstleistungslieferungen.

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltenen Anzahlungen gehören insbesondere

- Verbindlichkeiten aus Zahlungsrückständen der Berichtseinheit für von Dritten gelieferte Waren oder erbrachte Dienstleistungen (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt); dies schließt insbesondere „Zahlung auf Ziel“ mit ein.
- Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen von Dritten für noch nicht (gänzlich) ausgelieferte Waren oder erbrachte Dienstleistungen der Berichtseinheit (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt).
- aufgelaufene Gebäudemieten.
- von Factoring-Gesellschaften übernommene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sofern sie nicht den Krediten zuzurechnen sind.

Nicht dazu zählen Löhne und Gehälter, Sonstige Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing und ÖPP-Projekte.

Eine Orientierung gibt die folgende Zuordnungshilfe mit den Gruppierungs-Nummern (keine abschließende Aufzählung) 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 638, 639, 65, 932, 935, 94.

20 Mit nachverhandelten Vertragsbedingungen

Wenn es zwischen Berichtsstelle und Lieferant zu einer einvernehmlich ausgehandelten Änderung der Vertragsbedingungen kommt, die Anpassungen hinsichtlich einer Verzinsung beinhaltet und daher über eine bloße Laufzeitverlängerung hinausgeht.

21 Von Factoring-Kapitalgesellschaften übernommen

Hier sind **alle** Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu erfassen, die durch ein „echtes Factoringverfahren“ veräußert wurden. Hierbei erlischt die Zahlungsverpflichtung der Berichtsstelle gegenüber dem Lieferanten.

22 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden

Hier werden nur die Verbindlichkeiten aufgeführt, die beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden. Darlehensaufnahmen gegen hypothekarische Sicherung und nicht gesicherte Schuldenaufnahmen sind nur bei der entsprechenden Schuldart (z. B. Schulden bei Kreditinstituten) zu erfassen.

23 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften sowie Forfaitierung mit Einredeverzicht

Als Restkaufgeld ist der noch nicht gezahlte (Teil-)Betrag einer Kaufsumme zu verstehen; dieser kann auch hypothekarisch durch Eintragung ins Grundbuch gesichert werden (Restkaufgeldhypothek). Restkaufgelder mit oder ohne hypothekarische Sicherung sind ohne Rücksicht auf den Gläubiger auszuweisen und nicht in eine andere Schuldart mit einzubeziehen.

Hierzu zählen auch Verpflichtungen aus Forfaitierungsverträgen, wenn ein Einredeverzicht bei der Bank geleistet wurde, also kein Recht auf Kürzung bei Minderleistung besteht. Verpflichtungen aus Forfaitierungsverträgen **ohne** Einredeverzicht sind **nicht** zu erfassen.

24 Finanzierungsleasing

Ein Finanzierungsleasingvertrag ist dann anzunehmen, wenn der Vertrag über einen bestimmten Zeitraum verbindlich abgeschlossen wird. Während der sogenannten Grundmietzeit kann der Vertrag nicht gekündigt werden. Maßnahmen zur Werterhaltung (Wartung und Versicherung) trägt der Leasingnehmer. Die Vertragslaufzeit erstreckt sich i. d. R. auf die überwiegende Nutzungsdauer.

Hier ist die insgesamt eingegangene Verpflichtung (= Leistungssumme) aus Leasingverträgen abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraumes geleisteten Tilgungen und Zinsen nachzuweisen.

25 ÖPP-Projekte

Bei Projekten aus öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP-Projekte) handelt es sich um langfristige Verträge zwischen einem staatlichen und einem privaten Partner über die Bereitstellung von Dienstleistungen durch die Nutzung eines bestimmten Vermögensgutes. Kriterien für die Klassifikation eines Vertrags als ÖPP sind das Vorliegen einer erheblichen Anfangsinvestition, die Festlegung einer durch den privaten Partner bereitzustellenden Dienstleistung unter Nutzung des Vermögensgutes und die Zahlung regelmäßiger Raten vom staatlichen Partner an den privaten Partner.

26 Projektsummen insgesamt

Hier sind die vertraglich vereinbarten Projektsummen aller laufenden ÖPP-Projekte auszuweisen. „Bisher geleistete Zahlungen“ (siehe 27) sind hierbei **nicht** abzuziehen.

27 Bisher geleistete Zahlungen

Hier ist die Gesamtsumme aller bisher geleisteten Zahlungen des staatlichen Partners an den privaten Partner aller laufenden ÖPP-Projekte auszuweisen. Im Lebenszyklus von ÖPP-Projekten **können** die geleisteten Zahlungen die gesamte Projektsumme übersteigen.

Energie-Einspar-Contracting (Finanzierung durch Contractinggeber)

Als Energie-Einspar-Contracting (auch Energiesparverträge oder Energy-Performance-Contracting) werden vertraglich geregelte Kooperationsformen im Bereich der Energiedienstleistung bezeichnet. Die Vereinbarungen umfassen in der Regel die Planung, Finanzierung und Errichtung/Modernisierung sowie die Betriebsführung/Instandhaltung der Anlagen und die Erstellung eines Energieversorgungskonzeptes durch einen Dienstleister (Contractinggeber) mit dem Ziel, Energiesparpotentiale zu erschließen, ohne dass der Eigentümer die hierfür notwendigen Investitionen tätigen muss. Die Refinanzierung der Energiesparmaßnahmen erfolgt während der Laufzeit des Vertrages durch eine regelmäßige, erfolgsabhängige vertraglich vereinbarte Vergütung an den Contractinggeber, welche sich aus den garantierten Energiekosteneinsparungen zusammensetzt.

Vereinbarungen im Rahmen von Energieliefer-Contracting sind hier nicht zu berücksichtigen.

29 Investitionssummen insgesamt

Erfolgt bei einem Energie-Einspar-Contracting die Finanzierung der vereinbarten Maßnahmen durch den Contractinggeber, ist hier die Investitionssumme anzugeben. Die Investitionssumme entspricht den im Vertrag genannten Ausgaben für die erforderlichen Baumaßnahmen (Planungsleistungen, Bauleistungen, Heizungsanlage, Dämmung, Fenster etc.) einschließlich eventueller Baukostenzuschüsse, die dem Contractinggeber gewährt werden. Es sind die ursprünglichen Investitionssummen anzugeben. Bisher geleistete Zahlungen sind hierbei **nicht** abzuziehen.

Erfolgt die Finanzierung nicht durch den Contractinggeber, sind hier **keine** Angaben zu machen.

30 Geleistete Baukostenzuschüsse

Sofern dem Contractinggeber Baukostenzuschüsse für die Durchführung des Vorhabens gewährt werden, sind diese hier anzugeben.

31 Bürgschaften

Alle Bürgschaften im Sinne des § 765 BGB einschließlich Nach- und Ausfallbürgschaften beim Wohnungsbau sowie Patronatserklärungen (harte Patronatserklärungen), welche eine sogenannte Liquiditätsausstattungsgarantie beinhalten, sind mit den vertraglich übernommenen Haftungssummen (aber nicht in Anspruch genommenen), nicht dagegen mit den gesamten Kreditsummen und nicht mit den durch Gesetz oder Haushaltssatzung festgestellten Ermächtigungssummen anzugeben. Auf Bürgschaften gezahlte Beträge (Schadensfälle oder Tilgungen der Haftungssumme) sind abzusetzen. Bürgschaften, die voll durch Rückbürgschaften gesichert sind, sind nicht einzubeziehen; von Bürgschaften, die nur teilweise durch Rückbürgschaften gesichert sind, ist der ungedeckte Teil anzugeben. Die übernommenen Garantien und sonstigen Gewährleistungen sind **nicht** mit einzubeziehen.

Die Differenzierung der Bürgschaften (Sicherheitsleistungen) erfolgt **nach dem Sicherheitsnehmer**. Sicherheitsnehmer ist diejenige Person, deren finanzielles Risiko durch die Sicherheitsleistung teilweise oder vollständig beseitigt wird. Sicherheitsnehmer ist hier der Kreditgeber.

32 Öffentlich bestimmte Kreditinstitute

Hierzu zählen insbesondere:

- Sparkassen, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Bausparkassen

33 Schuldenübernahme

Bei einer Schuldenübernahme handelt es sich um eine vertragliche Vereinbarung zwischen mindestens drei Parteien: dem Gläubiger, dem ursprünglichen Schuldner und einem neuen Schuldner. Im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung übernimmt der neue Schuldner die gesamten oder zumindest einen Teil der ausstehenden Verbindlichkeiten (Schulden) des ursprünglichen Schuldners und verpflichtet sich dabei, diese an den Gläubiger zurückzuzahlen.

Zu melden sind nur die übernommenen Schulden von Kassenkrediten, Krediten und Wertpapierschulden.

Die durch Eingliederung bzw. Zusammenschluss von Einheiten übernommenen Schulden sind nicht einzubeziehen.

Die Schuldenübernahme ist auch Bestandteil der Meldung zu den Schuldenständen der Positionen „Kassenkredite“, „Wertpapierschulden“ oder „Kredite“. Bei den beiden letztgenannten Positionen fallen diese unter die „Sonstigen Zugänge“.

Eine Schuldmitübernahme ist nicht hier, sondern im Bereich „Bürgschaften“ (siehe **31**) zu erfassen.

34 Fälligkeiten

Es sind die planmäßig fällig werdenden Tilgungen für die am Erhebungsstichtag bestehenden Schulden getrennt nach Kassenkrediten, Wertpapierschulden und Krediten jeweils beim nicht-öffentlichen Bereich, gegliedert nach den fünf folgenden Jahren und dem darüber hinausgehenden restlichen Zeitraum, anzugeben. Variabel verzinsten Schuldarten sind im jeweiligen Rechnungsjahr als „darunter-Position“ anzugeben. Hierzu zählen auch Kreditvereinbarungen mit Derivaten.

Der nicht-öffentliche Bereich umfasst:

- Kreditinstitute (siehe **10**)
- sonstiger inländischer Bereich (siehe **11**)
- sonstiger ausländischer Bereich (siehe **12**)